

Malta

Heinz-Jürgen Axt

Im Jahr 2009 bekamen auch die Länder der EU die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren. Zudem verstärkte sich in mehreren Ländern des Euro-Raums die Verschuldungsproblematik. Malta allerdings ist von der globalen Krise in vergleichsweise geringem Ausmaß betroffen gewesen und anders als mediterrane Nachbarstaaten wie Griechenland, Spanien und Italien hat Malta, das erst zum 1. Januar 2008 der Währungsunion beigetreten ist, seine Verschuldung stärker unter Kontrolle. Maltas Wirtschaft hat sich seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 relativ positiv entwickelt.¹ Während der Euro-Raum 2005 bis 2007 durchschnittlich ein Wachstum von 2,5% verzeichnen konnte, waren es bei Malta 3,7%. Die ökonomische Expansion war hauptsächlich das Resultat der heimischen Nachfrage. Zwar betrug die Arbeitslosenrate von 2006 bis 2008 durchschnittlich 6,5%, doch wuchs die Beschäftigung im selben Zeitraum im Durchschnitt um 2,3% und die Entlohnung der Beschäftigten um 3%. Der private Konsum konnte von 2006 bis 2008 um durchschnittlich 2,6% zulegen. Auch die Exporte entwickelten sich positiv, was vor allem auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen war. 2006 wuchsen die Ausfuhren um 10,5%, sanken allerdings 2008 um -7,2%. Die globale Krise traf Maltas Wirtschaft vor allem im Außenhandel.

Dass Malta 2008 im Vergleich zum Euro-Raum noch relativ gute Wachstumswahlen aufweisen konnte, lag vor allem an der stabilen privaten Nachfrage. Diese verzeichnete eine Wachstumsrate von 5,0%, womit Maltas Wirtschaftswachstum noch immer auf 2,1% kam, während im Euro-Raum lediglich durchschnittlich 0,6% zu verzeichnen waren. Maltas Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion trug dazu bei, dass die Auswirkungen der Finanzkrise auf das Bankensystem in Malta begrenzt blieben.² Die Daten für 2009 belegen, dass „Malta was one of the euro area countries least affected by the global crisis“.³ Während im Euro-Raum das Wachstum um 4,1% im Durchschnitt fiel, sank der entsprechende Wert bei Malta lediglich um 1,9%. Die Inflation ging 2009 auf 1,8% zurück, nachdem sie im Vorjahr noch 4,7% betragen hatte. Der Rückgang der Ausfuhren war mit -3,1% angesichts der weltweiten Kontraktion des Handels relativ bescheiden. Der Rückgang im Tourismus konnte durch einen leichten Anstieg der Exporte im Transportwesen und weiteren Dienstleistungen aufgefangen werden.

Der Anstieg der Lohnstückkosten, die sich mit fast 3% von 2005 bis 2008 etwas über dem Durchschnitt der Euro-Länder entwickelt hatten, sank 2009 auf 2,6%. Dazu trugen die bescheidenen Steigerungen der Einkommen im öffentlichen Sektor bei. 2008 wurde mit der Privatisierung der staatlichen Schiffswerft „Malta Shipyards Ltd.“ begonnen. Schon während der Beitrittsverhandlungen mit der EU hatte Maltas Regierung zugesichert, die massive Subventionierung der Werft zu beenden. 2003 hatte die Regierung bereits eine Schuld des Unternehmens in Höhe von 700 Millionen Euro abgeschrieben. Von 2003 bis 2008 erhielt die

1 Vgl. zum Folgenden: European Commission: European Economic Forecast – Spring 2010, S. 119 ff., http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf.

2 Vgl. Bonello, Michael C.: The Challenges facing Malta's banking system, <http://www.bis.org/review/r090602d.pdf>.

3 European Commission: European Economic Forecast..., a.a.O., S. 117.

Werft 124,4 Millionen Euro an Finanzunterstützung. Als im Juni 2008 der Ministerpräsident die Privatisierung ankündigte, beschwerten sich die Gewerkschaften, dass sie – entgegen den Vorgaben der „Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft“ – nicht in die Planungen einbezogen worden seien.⁴ Von den gut 1.600 Arbeitern sollten bis zu 700 Beschäftigte von der privaten Nachfolgefirma übernommen werden. Im September 2008 hatten sich schon fast 1.500 Arbeiter um die Absicherung durch den vereinbarten Sozialplan beworben. Mittlerweile firmiert Malta Shipyards Ltd. unter dem Namen „Palumbo Malta Shipyards Ltd.“.

Im Kontext der übermäßigen Verschuldung Griechenlands und anderer Euro-Staaten nehmen sich die von Malta vorgelegten Daten stabilitätsorientiert aus. Dabei ist allerdings daran zu denken, dass Malta erst seit dem 1. Januar 2008 dem Euro-Raum angehört und mithin die notwendige Erfüllung der Konvergenz-Kriterien dem Land vor nicht allzu langer Zeit abverlangt worden ist. Im Jahr der Euro-Übernahme verfehlte Malta mit einem Haushaltsdefizit von 5,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die Vorgabe der Währungsunion von maximal 3%. Bei der Staatsschuld waren es 69,1% des BIP statt der zulässigen maximalen 60%. Wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, hielt sich bei Malta (ebenso wie bei Zypern) die Verschuldungsproblematik 2009 in Grenzen.

Defizite und Staatsschulden in ausgewählten Euro-Staaten 2009

2009	Defizit in % des BIP	Staatsschuld in % des BIP
Irland	14,3	64
Griechenland	13,6	115,1
Spanien	11,2	53,2
Portugal	9,4	76,8
Zypern	6,1	56,2
Italien	5,3	115,8
Malta	3,8	69,1

Wie die jüngsten Umfragen des Eurobarometers verdeutlichen, schätzen die Bürger Maltas die generelle ökonomische Situation und die Situation auf dem Arbeitsmarkt relativ positiv ein, ihre Sorge gilt hauptsächlich der Inflation. Wenn es um die EU geht, dann erweisen sich die Malteser weder als Euroskeptiker noch als EU-Enthusiasten, sondern als „Durchschnittseuropäer“. Im Herbst 2009 meinten 45% der Befragten, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU sei eine „gute Sache“ (53% EU-27). Dass man von der EU profitiere, bejahten 59% der Malteser und 57% der EU-Bürger im Durchschnitt.⁵ Diese Auffassung wird durch Experten des Internationalen Währungsfonds unterstützt: Maltas Mitgliedschaft in der Euro-Zone hat sich als ein Beitrag zur Stabilisierung des Landes in der globalen Krise erwiesen.⁶

Bei der Europawahl vom 4.-7. Juni 2009 konnten die Sozialisten mit 54,76% ihr Ergebnis gegenüber 48,42% in 2004 verbessern. Auch die Nationalistische Partei erhöhte ihren Stimmenanteil leicht von 39,76% auf 40,50%. Verlierer war die grüne Partei „Alternattiva Demokratika“, deren Anteil von 9,33% auf 2,34% sank.

4 Vgl. european industrial relations observatory on-line, 8.9.2008, <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/2008/07/articles/mt0807029i.htm>.

5 Vgl. European Commission: Eurobarometer 72, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_first_en.pdf.

6 Vgl. International Monetary Fund: International Monetary and Financial Committee, Twentieth Meeting, Istanbul, October 4, 2009, S. 4, <http://www.imf.org/External/AM/2009/imfc/statement/eng/ita.pdf>.